

PETER STROHSCHNEIDER

WISSEN
GEGEN

WISSENSCHAFT
IN ZEITEN VON POPULISMUS,
MORALISIERUNG UND SZIENTOKRATIE

kursbuch.edition

Peter Strohschneider

Zumutungen.

Wissenschaft in Zeiten von
Populismus, Moralisierung und
Szientokratie

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Der Verlag weist ausdrücklich darauf hin, dass er, sofern dieses Buch externe Links enthält, diese nur bis zum Zeitpunkt der Buchveröffentlichung einsehen konnte. Auf spätere Veränderungen hat der Verlag keinerlei Einfluss. Eine Haftung des Verlags ist daher ausgeschlossen.

Copyright © 2020 Kursbuch Kulturstiftung gGmbH, Hamburg

kursbuch.edition

Herausgeber: Peter Felixberger, Sven Murmann, Armin Nassehi

ISBN 978-3-96196-155-9

Besuchen Sie uns im Internet: www.kursbuch.online

Ihre Meinung zu diesem Buch interessiert uns!

Zuschriften bitte an kursbuch@kursbuch.online

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung

1. *Better to get your news directly from the president.*
Populistische Metonymie
2. Populistisch gegen die Zumutungen moderner
Demokratie
3. ›How do you know so much about this?‹ *Maybe I have a
natural ability.* Autoritäre Souveränität und die
Wissenschaften
4. Pluralisierungen, zugleich ein Exkurs ins Historische
5. *Wenn alle paar Wochen die Meinung geändert wird, ist
das auch für Politik schwierig.* Die Stunde der Experten
6. Wissenschaften: Zumutungen und Vertrauen
7. *Unite behind the Science.* Szientismus – Szientokratie
8. *Moralisierung und Irritierbarkeit*
9. *Let's give up on academic freedom in favor of justice.*
Freiheit und Störungsfreiheit in der Universität

Statt eines Schlusses: Vorbehalte

Anmerkungen

Dank

Über den Autor

Einleitung

Wie können neueste digitale oder biotechnologische Entwicklungen mit der demokratischen Verfassung des Politischen kompatibel gemacht werden? Und wie diese mit dem Finanzmarktkapitalismus? Wie steht es angesichts des rasanten technologischen Fortschritts um die etablierten anthropologischen, um nicht zu sagen: humanistischen Selbstverständlichkeiten und Selbstverständnisse? Hat sich zwischen den ökologischen Voraussetzungen menschlicher Zivilisation und den Möglichkeiten von Demokratie ein Dilemma aufgetan, weil eine Begrenzung der Erderwärmung in den herkömmlichen Formen demokratischer Politik nicht mehr gelingen kann? Wie sind individuelles Dasein und Gesellschaft eigentlich vermittelbar, wenn *demos* und *ethnos* im Zuge globaler Wanderungsbewegungen auseinandertreten, wenn die Ordnungen der Repräsentation und des gesellschaftlich Intermediären Krisensymptome aufweisen oder wenn die Stiftung von Freundschaft und Liebe algorithmisiert wird? Was ist, wenn einem die Wahrheit überall ohnmächtig und Herrschaft bloß noch verlogen erscheint? Wie reagiert man darauf, dass andere andere Götter haben und andere Rationalitäten? Wie auf die Erfahrung, dass die eigene Moral, von welcher man doch weiß, dass sie unbedingt die allgemeine sein muss, unentwegt mit anderen Moralien konfligiert? Wie geht man überhaupt mit einer Überlast an

Unvertrautem um, das sich moralisch kaum noch ordnen lässt? Was bedeutet es, dass die Wissenschaften die Wirklichkeit und die Weltinterpretationen, die Ordnungen und Machtverhältnisse in einer Weise rasant und tiefgreifend umgestalten, die offen lässt, ob man gemeinsam mit den Seinen eher zu den Gewinnern oder zu den Verlierern solchen Weltenwandels gehören wird?

Die Welt ist unübersichtlich, komplex und voller Zumutungen, und in unterschiedlicher Weise war sie das freilich immer. Stets verlangt sie zu vieles, was lästig oder interessenwidrig ist, was widersinnig oder unmöglich scheint, was bloß hingenommen oder erduldet werden muss. Und schwerlich ließe sich eine Form des Fortschritts denken, die dies zukünftig ändern könnte; es sei denn die Dystopie einer totalen neuromanipulativen Betäubung dessen, was man – noch immer wohl – Bewusstsein nennen kann. Und sofern es sich nicht um biologisch-physikalische, sondern um soziokulturelle Aspekte des Daseins handelt, sind überdies auch die Strukturen und Verarbeitungsformen von Zumutungshaftigkeit historischem Wandel unterworfen. Auch das ist eine Zumutung. Nicht einmal die Zumutungen bleiben sich gleich. Sie verändern sich und sie fordern immer neu die eingeübten Deutungen und Praktiken der Zumutungsverarbeitung heraus.

In einer der freiesten, friedlichsten und wohlhabendsten Gesellschaften der bekannten Zivilisationsgeschichte zu leben, macht die Dinge keineswegs einfacher. Eher – so mag es hier und da scheinen – im Gegenteil. Sie ist eine hochkomplexe und kontingente, eine dezentrierte und pluralistische Gesellschaft. Unentwegt setzt sie alle Gesellschaftsglieder den spezifischen Zumutungen von

Modernität aus. Charakteristisch ist eine enorme und höchst unübersichtliche Vielzahl von Teilsystemen und Ordnungsmustern, von Sozial- und Machtlagen, von Wissensordnungen und Sinnwelten, von Geltungsquellen und Geltungsansprüchen. Gesamtschau, Orientiertheit, Erwartungssicherheit sind in vielerlei Hinsicht unwahrscheinlich, und noch unwahrscheinlicher in einer allgemeinverbindlichen Form. Immer wieder mutet diese Gesellschaft neue Fragen zu und darunter auch solche, die, wie die eingangs gestellten, von außerordentlich grundsätzlicher Natur sind.

Ausmaß und Veränderungsdynamik derartiger Modernitätszumontungen sind unabsehbar. Über sie überhaupt etwas Vernünftiges sagen zu können, das setzt eine reflexive Bestimmung der Beobachtungsposition sowie eine rigide Abgrenzung des Beobachtungsfeldes voraus. In diesem Sinne geht es im Folgenden lediglich um einen kleinen Ausschnitt: um einige Konfigurationen von liberaler Gesellschaft, von demokratisch-konstitutionell verfasster Politik und von moderner Wissenschaft. Und dies in einer entschieden indirekten Weise: Diese gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Konfigurationen sollen hier in den Blick treten vermittels einiger Beispiele dafür, wie derzeit auf ihre spezifische Zumutungshaftigkeit reagiert, ja gegen sie revoltiert wird. Darauf verweisen die Stichworte des Buchtitels. ›Zumutungen‹ sind hier positiv gemeint. Der Ausdruck referiert nicht auf Populismus, Moralisation und Szientismus. Sondern diese beziehen sich umgekehrt reagierend, revoltierend, negierend auf Zumutungen – und zwar solche, ohne welche die Welt nicht modern sein könnte.

Und selbstverständlich wird damit eine zeitdiagnostische

Richtung eingeschlagen. Vielfältig verstehen oder inszenieren populistische Politiken die angesprochene Zumutungshaftigkeit moderner Verhältnisse als Kontrollverlust. Mit Parolen wie Donald Trumps »Make America Great Again«, dem »Let's Take Back Control« der Brexiteers oder der Drohung »Wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen« des AfD-Politikers Alexander Gauland versuchen die Populisten - und nicht ohne Erfolg - aus dieser Erfahrung des Kontrollverlusts politische Funken zu schlagen. Einher geht dies mit einer Aufheizung des gesellschaftlichen Klimas durch die, wie es scheint, wachsende Geneigtheit, mehr oder weniger alles, was einem gesellschaftlich zugemutet ist, als Kränkung zu verstehen. In höchst verschiedenen Situationen wird auf Pluralismus, auf Differenz und Dissens ähnlich affektgeladen reagiert, werden Unterschiedenheit, Andersheit, Komplexität und Kontingenz gereizt als Anerkennungsverweigerung aufgefasst und mit Wut und Empörung beantwortet. Überkomplexe gesellschaftliche Strukturen, ihre Ambiguitäten und Deutungsschwierigkeiten werden in einem einfachen Dual des ›Wir vs. Nicht-Wir‹ geordnet. Wie auch immer die Positionen dabei besetzt sein mögen, wird jedenfalls das ›Wir‹ im Sinne differenzarmer Gemeinschaftlichkeit gefasst. Und es soll einen Machtanspruch rechtfertigen, dessen Legitimität über denjenigen einer liberal verfassten Demokratie weit hinausgeht.

Derartige Reaktionsmuster der Affektaufladung und gemeinschaftsförmigen Homogenisierung sind übrigens keineswegs allein im Resonanzraum rechter Nationalpopulisten zu finden. Politisch außerordentlich diffuse Gruppen von Wutbürgern demonstrieren

miteinander in Deutschland wie anderswo im Frühjahr und Sommer 2020 auf sogenannten ›Coronademos‹ heftig gegen eine Seuchenprävention, die ihnen das Diktat eines illegitimen Regimes zu sein scheint. Und an jener Stelle, an welcher man im eingeführten, aber kaum noch sehr aussagekräftigen Rechts-Links-Schema die eher ›linke‹ Seite des politischen Spektrums vermuten würde, dort ist auch das Streiten gegen Benzinpreise und Steuerpolitik (*Gilets jaunes* in Frankreich), gegen sexuelle Gewalt (*#MeToo*) und akademische *microaggressions* oder gegen Kolonialistendenkmäler, Straßennamen sowie strukturellen Rassismus (*Black Lives Matter*) durchaus nicht davor gefeit, die wütende Expression von Gekränktheit schon für Politik zu halten, sofern sich dieses Streiten bloß moralisch gut begründet sieht.

In alledem ebenso wie in den politischen Populismen ist neben kollektiver Emotionalisierung und sozialen Homogenitätsfiktionen zudem ein enormer Moralierungsüberschuss zu beobachten, der überhaupt ein charakteristisches Merkmal gegenwärtiger Gesellschaftslagen und ihrer Schwererträglichkeit sein dürfte. Und dabei wird nicht lediglich, gegen alle moderne Pluralisierung, die je eigene Moral universalisiert. Es schrumpfen überdies die Gelegenheiten, zu denen das Moralisieren selbst durchaus einmal suspendiert sein darf. Jede Form komplexer Unterschiedenheit kann so gut wie immer sogleich wertsemantisch überformt, Abweichung jederzeit mit Abwertung beantwortet werden. Also mit Vereindeutigung. Und auch darin lässt sich, so soll hier erkennbar werden, eine Abwehrreaktion gegen die Komplexitäts-, Kontingenz- und Ambiguitätszumutungen pluralistischer Gesellschaften sehen. Außerdem ergibt sich

so ein systematischer Vergleichszusammenhang, in welchen die folgenden Kapitel schließlich auch die Wissenschaften stellen. Innerhalb, aber auch außerhalb der Wissenschaften begegnet man einem reduktionistischen Verständnis, welches Forschung schlicht als Erzeugung von ›Fakten‹ versteht. Im Unterschied zu epistemologisch tragfähigen Begründungen moderner Wissenschaft wird dabei für diese ›Fakten‹ nicht nur absolute Gewissheit unterstellt, sondern auch, dass sie eben deswegen jeder weiteren gesellschaftlichen Verhandlung entzogen und dass sie, wie Moral, unmittelbar praxisleitend seien. Es ist dieser Kontext, in dem es geschehen kann, dass ›Skepsis‹ als ein Grundbegriff modernen Wissenschaftsverständnisses ein Ausdruck für Wissenschaftsfeindschaft wird.

Wollte man dies noch einmal anders formulieren, so ließe sich etwa auch Folgendes sagen: Das vorliegende Buch beschreibt Populismus, Moralisierung und Szientismus als Symptome eines Schwindens von gesellschaftlichen Mittelbarkeiten, womöglich einer Krise von Unterscheidungen. Dass wissenschaftliches Wissen etwas anderes sei als Gewissheit; dass es Herrschaft nicht legitimiere und von ihr auch nicht gerechtfertigt werde; dass Forschungserkenntnis Wertkonflikte nicht entscheiden könne und von direkter Handlungsorientierung durchaus unterschieden werden müsse; dass Repräsentationen weder im zeichen- noch im politiktheoretischen Sinne identisch seien mit dem, was sie repräsentieren; dass auch Dissens und Feindschaft zweierlei seien: Unterscheidungen solcher Art sind es, die sich in den hier diskutierten Zusammenhängen als vergleichsweise geltungsschwach zeigen. Ich sehe darin eine Abkehr von jener

Zumutungshaftigkeit, mit welcher das Ordnungs-, also das Differenzierungsniveau pluralistischer Gesellschaften, demokratisch-konstitutioneller Politik sowie moderner Wissenschaften einhergeht. Und zwar im Maße seiner Komplexität und Kontingenz unvermeidlicherweise einhergehen muss. Denn die komplexe Vermitteltheit ihrer Strukturen, die kontingente Vorbehaltlichkeit ihrer Operationen sind entscheidende Bedingungen der Möglichkeit, die hochgradige Pluralität und die Pluralismen alles Gesellschaftlichen in möglicher Freiheit friedlich zu integrieren.

Prospekt

Was hier vorläufig und in äußerst abgekürzter Weise ein Schwenden von Mittelbarkeiten heißt, ist ein gemeinsamer Horizont, vor welchem in den folgenden Kapiteln ganz unterschiedliche Themen diskutiert werden. Zu denen gehören die Verfassung der liberalen Demokratie und einige Twitter-Kurznachrichten, der Vertrauensbedarf und die epistemischen ›Tugenden‹ der Wissenschaften, religiöse Bürgerkriege oder Talkshows. Donald Trump und Christian Drosten werden ihren Auftritt haben, und Greta Thunberg selbstverständlich auch. Expertenkonsense und Akklamationen, *fake news*, Segelboote, *diversity* und sogar ein Gedicht kommen zur Sprache. Und indem ich über all dies als Literaturwissenschaftler schreibe, fehlt meinen Argumenten freilich ein fachlicher Rückhalt. Auf jeweilige Forschungsstände unterschiedlicher Disziplinen, beziehen sie sich ab und an, jedoch nicht systematisch konsequent. Und weil die herangezogenen Beispiele in ihrer überwiegenden Mehrzahl triviale Kleinsttexte sind, deswegen lässt sich an ihnen nicht einmal der Reiz von

Literaturwissenschaft eindrucklich entfalten; dieser läge ja darin, dass Unmittelbarkeitsverzichte Welthaltigkeitsgewinne ermöglichen. Durchaus aber kann und soll auf den folgenden Seiten das Professionsethos von Philologie zum Zuge kommen: die Verpflichtung darauf, noch das Beiläufige, das schematisch Formelhafte oder das Dummdreiste - in aller hermeneutischen Vorbehaltlichkeit selbstverständlich - beim Wort zu nehmen. Zugleich baue ich darauf, dass all dieses Verschiedene nicht bloß als Verstreutes erscheinen möge. Es ist insofern vielleicht von Interesse, wenn hier vorab die Folge der Kapitel in diesem Buch skizziert wird.

Es beginnt mit dem soeben als Krise moderner Unterscheidungen apostrophierten Problem. Am Beispiel des 45. amerikanischen Präsidenten wird gezeigt, dass populistische Herrschaft ihre eigentliche Legitimität nicht aus Wahlakten, sondern charakteristischerweise aus einem Unmittelbarkeitsverhältnis zwischen Volk und populistischem Führer zu beziehen beansprucht. In diesem soll sich der ›wahre Wille des Volkes‹ nachgerade metonymisch manifestieren können. Es ist nicht zuletzt die Twitter-Praxis des Donald Trump, an welcher sich diese populistische Konstellation von Wahrheit und Macht illustrieren lässt. Und diese Praxis gibt zugleich auch den Blick frei auf eine strukturelle Logik jener ›Medienkriege‹, in welchen im Angriff auf die ›Vierte Gewalt‹ liberaler Demokratien alle Populismen ein Deutungsmonopol durchsetzen wollen.

Im Anschluss hieran versucht das zweite Kapitel einen für die hiesigen Zwecke analytisch nützlichen Begriff des Populistischen zu bestimmen. Ihm zufolge ist Populismus eine spezifische Form des Revoltierens gegen die

Zumutungshaftigkeiten moderner Gesellschaften und demokratischer Verfassungsstaatlichkeit. Unter deren Bedingungen wird Herrschaftslegitimität allerdings nun gerade nicht durch Rekurs auf wahrheitsfähiges Wissen, und sei es der eine ›wahre Wille‹ des einigen ›Volkes‹, erzeugt, sondern vielmehr formal verfahrensförmig durch Mehrheitsentscheidungen hergestellt. Dieses Auseinandertreten von Herrschaftslegitimität und Wissensansprüchen ist konstitutiv, und ein kleiner historischer Exkurs rekonstruiert es daher als höchst bedeutsame zivilisatorische – und zivilisierende! – Errungenschaft frühneuzeitlicher Pluralisierungsprozesse. Das dritte Kapitel befasst sich zuvor noch einmal mit dem Fall Trump. An ihm lässt sich nämlich auch die spezifisch autokratische Struktur des Populismus verdeutlichen: als ein Souveränitätsanspruch, der den Prinzipien des demokratischen Konstitutionalismus zuwiderläuft, und als eine bestimmte Form der Bezugnahme, beispielsweise auf Wissenschaft. Anders als es gemeinhin geschieht, wird diese Form weniger als Wissenschaftsfeindschaft, denn vielmehr als Anspruch auf eine sowohl kognitive als autoritative Beherrschung von Wissenschaft als Machtmittel beschrieben.

Die anschließenden drei Kapitel rücken die Wissenschaften selbst in den Mittelpunkt. Am Beispiel der Corona-Pandemie wird zunächst deutlich werden, wie einerseits die gesellschaftliche und politische Angewiesenheit auf Wissenschaft – ohne die man ja vom SARS-CoV-2-Virus so wenig wüsste wie von der Pandemie selbst – und wie andererseits deren Zumutungshaftigkeit sich komplex verschränken. Die Bedeutung von Nichtwissen, die Ungewissheit des Wissens und besondere

Formen des Lernens, also Erkenntnisfortschritt, sind nämlich Eigensinnigkeiten der Wissenschaften, welche in anderen Sozialsphären, zum Beispiel auch im Politiksystem, keineswegs ohne weiteres zu verarbeiten sind. Die hier exemplarisch zutage tretende Zumutungshaftigkeit der Wissenschaften wird im anschließenden Kapitel sechs in Verbindung mit deren Allgegenwart und Bedeutsamkeit gebracht, sodann mit aktuellen und durchaus auch systemisch relevanten Fehlfunktionen, schließlich und vor allem aber mit dem für die Wissenschaften generell konstitutiven Status ihres revisionsoffenen Wissens. Daraus ergibt sich ebenso der Vertrauensbedarf wie gegebenenfalls auch die Vertrauenswürdigkeit der Wissenschaften. Diese Auffassung ist freilich keineswegs unstrittig. Das anschließende achte Kapitel stellt ihr daher eine ganz andere Vorstellung gegenüber. Diese artikuliert sich explizit zum Beispiel in der Klimabewegung oder bei den *Marches for Science* und sie ist überhaupt für den öffentlichen Wissenschaftsdiskurs charakteristisch. In reduktionistischer Weise bereinigt diese Auffassung die Wissenschaften um eben jene Zumutungshaftigkeit, die hier besonders betont wird. Für diese Bereinigung verwende ich den Namen ›Szientismus‹ und ich meine, dass dieser Szientismus einerseits in eine gewisse Selbstüberforderung der Wissenschaften führt sowie auf der anderen Seite auch in eine szientokratische Atrophierung des Politischen – oder sogar in apokalyptisch antipolitische, ja antidemokratische Positionen.

Solchen Überlegungen folgen am Ende zwei Kapitel über jenen beachtlichen Moralisierungüberschuss, der gegenwärtige Gesellschaftslagen in der ›westlichen‹ Zivilisation zu kennzeichnen scheint. Dieser Überschuss

geht mit einer Schwächung solcher sozusagen ›weichen‹ Sozialregulationen wie zum Beispiel dem Taktgefühl einher, ohne deren Distanzierungsleistungen man sich gesellschaftlichen Pluralismus schwer vorstellen kann. Innerhalb des Argumentationszusammenhangs ist dieser Überschuss unter anderem deswegen von Belang, weil Moralisierung nicht epistemisch indifferent ist. Vielmehr macht sie auf eine gewisse Weise Wissensdefizite und auch Komplexität irrelevant. Man könnte sagen, sie lasse Neugier unwahrscheinlich werden und verhalte sich insofern querständig zu den Funktionsmodalitäten moderner Wissenschaften. Diese müssen vielmehr im Gegenteil neugierige Irritationsbereitschaft systematisch präferieren: Überraschendes, Unvertrautes, epistemische Störungen – insofern dies nämlich zu den Möglichkeitsbedingungen der Generierung neuen Wissens gehört. Eben diese Präferenz wird nun allerdings in den *campus wars* des atlantischen Universitätssystems als doktrinäre Zumutung empfunden. Der Freiheit für Irritationen wird da im Gegenzug ein moralisierend überhöhter Anspruch auf *safe spaces* entgegengestellt, die gerade von Irritationen freigehalten sein sollten. Darin zeichnet sich ein Diskurswandel ab, für den es auch im deutschen Hochschulwesen Anzeichen gibt und der Funktionsprinzipien von moderner Universität und Wissenschaft im Kern tangiert.

Vorsätze

Wissenschaft ist eine Distanzkategorie: So unter anderem ließe sich dieser Kern in den Blick bringen. Die Wissenschaften machen Vertrautes unvertraut. Sie transformieren natürliche wie kulturelle Weltausschnitte in

Forschungsfragen. Sie beziehen sich indirekt und stets methodisch vermittelt auf Sachverhalte, indem sie sie zu ihrem ›Gegen-Stand‹ machen. Und aus dieser Indirektheit und Methodizität ergibt sich zugleich der zumutungsreiche Pluralismus der Wissenschaften. Aus deren spezifisch modernem Anspruch auf Fortschritte der wissenschaftlichen Erkenntnis sodann folgt, dass ihr Wissen revisionsoffen auf Selbstüberholung hin angelegt und daher zwar verlässlich, aber stets ungewiss ist. Womit schließlich zusammenhängt, dass wissenschaftliches Wissen außerhalb der Wissenschaft gegebenenfalls Handlungsalternativen aufzeigen, zwischen diesen aber nicht entscheiden kann; keine Expertise, zu der es nicht eine Gegenexpertise gäbe. Die Wissenschaften sind in modernen Gesellschaften das wichtigste Mittel, die Dinge nicht einfacher, sondern komplexer zu machen.

Von diesem Ausgangspunkt her wird im Folgenden argumentiert. Dabei sind die aktuellen gesellschaftlichen Kämpfe um Demokratie und Herrschaft, Umwelt- und Gesundheitspolitik sowie soziale Gerechtigkeit und akademische Macht zwar nicht selbst das Thema, aber doch ein Horizont dessen, was über Populismus, Moralisierung und Szientokratie ausgeführt wird. Und weil in diesem Zusammenhang, wie gesagt, ein beachtlicher Moralisierungsüberschuss auffällt, ist es womöglich angebracht, den erwähnten wissenschaftskonzeptionellen Ausgangspunkt mit zwei weiteren Vorsätzen zu verknüpfen. Erstens nämlich mit demjenigen, dass zu den Rationalitätsannahmen der folgenden Seiten auch die Prämisse gehört, dass sich Mittel und Zwecke unterscheiden lassen. Und dass es selbst bei Konsens über die Zwecke nicht stets überflüssig, illegitim oder

ausgeschlossen ist, dass über die erforderlichen Mittel Uneinigkeit herrscht und daher gestritten wird. Zweitens soll die normative Annahme gelten, dass Zwecke nur in äußersten Ausnahmefällen Mittel heiligen, dass sie aber durch falsche Mittel korrumpiert werden können. Wobei sich aller Erfahrung nach über das Eintreten des Ausnahmefalles im Vorhinein nur selten Einigung erzielen lässt.

Die nachfolgenden Kapitel bilden keine fest geschlossenen Einheiten. Indes sollten sie immerhin je für sich lesbar sein, und daher sind sie von Redundanzen nicht gänzlich frei. Zur Hälfte gehen sie, was sie sich jeweils vornehmen, immer wieder exemplarisch an. Beobachtungen, Argumente, Hypothesen werden nicht selten von einer einzelnen Äußerung, einem sachlichen Detail her entwickelt. Dabei sind diese Beispiele ganz freihändig gewählt. Die Schreibearbeit indes war von der Erfahrung der medialen Allgegenwart bestimmter Exempelfelder geprägt: Der literaturwissenschaftliche Mediävist, dessen theoretische Freiheiten auch von einer gewissen Quellenknappheit herrühren mögen, sah sich in ungewohnter Weise einem steten Strom ständig neuer Belege gegenüber. Beinahe jeder weitere Trump-Tweet hätte populistische Machtmechaniken noch drastischer zu illustrieren erlaubt als die hier ausgewählten. Ähnlich stand es um das Verhältnis von Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik in der Corona-Pandemie. Und diese Wirklichkeitsüberwältigung schwächte sich erst ab, als die aktuellen identitätspolitischen Kämpfe dann jene vollständig absurde Volte schlugen, dass sich die Produktionsfirma der Zeichentrickserie *The Simpsons* - ausgerechnet der *Simpsons!* - in einem Akt öffentlicher

moralisierender Selbsterabwürdigung davon distanzierte, dass die Figur des Inders Apu Nahasapeemapetilon bis dato ›rassistischerweise‹ von einem nicht-indischen Sprecher synchronisiert worden war. Da war nun tatsächlich nicht mehr zu leugnen, dass die Wirklichkeit jedenfalls schneller und wilder voranschreitet, als ich zu denken und zu schreiben im Stande bin.

Was hier nachfolgt, ist also weit entfernt von einer Chronik laufender Ereignisse. Es reagiert auf die angedeutete Materialfülle einesteils mit Versuchen der Systematisierung, anderenteils durch Exemplarisierung. Aber gerade wegen dieser Wirklichkeitsüberwältigung meine ich mit einer gewissen Zuversicht sagen zu dürfen, dass die ausgewählten Fälle exemplarisch für sehr viele ähnliche stehen können. Und dass sie symptomatisch sind: Es kommt ja nicht aufs einzelne Exempel selbst an – sei es der Narzissmus eines mächtigen Soziopathen im Weißen Haus, die ohnmächtige Erbitterung und Zornigkeit einer schwedischen Schülerin, die Entscheidungsschwierigkeiten eines deutschen Ministerpräsidenten oder die Hypersensibilität einiger Berliner Studentinnen. Entscheidend ist vielmehr die jeweils enorme gesellschaftliche Resonanz, welche derartige Einzelfälle finden und welche es nahelegt, sie in je spezieller Weise auch als bezeichnend zu verstehen. Die Kasus sind Symptome. In ihnen werden charakteristische Schwierigkeiten kenntlich, mit denen demokratisch verfasste pluralistische Gegenwartsgesellschaften und deren Wissenschaften aktuell umgehen müssen.

1.

Better to get your news directly from the president.

Populistische Metonymie

Für die Geschichte der rechts- und nationalpopulistischen Strömungen wie der von ihnen herausgeforderten pluralistischen Gesellschaften und liberalen Demokratien war 2016 ein bemerkenswertes Jahr. In allen fünf deutschen Landtagswahlen zog die *Alternative für Deutschland* (AfD) mit Stimmanteilen zwischen 12 und 24 Prozent in die Parlamente ein. Nicht viel hatte gefehlt, und in Österreich wäre ein einschlägig illiberal ausgewiesener FPÖ-Kandidat Bundespräsident geworden. Das BREXIT-Referendum am 23. Juni, beinahe mehr noch der ihm vorausgegangene Wahlkampf und die Form, wie anschließend Regierung, Parlament und Öffentlichkeit sein Ergebnis zu bearbeiten versuchten, führten aller Welt vor Augen, wie sehr die Bürger der britischen Demokratie in zwei ganz verschiedenen Wirklichkeiten lebten, wie fragil die politische Kultur geworden war und wie tief ihr Wandel direkt in eine Verfassungskrise des Vereinigten Königreichs führen konnte. In der Türkei nützte der Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan seit dem 15. Juli einen gescheiterten Putschversuch entschlossen für einen autokratischen

Umbau des Staates, dem unter anderem Presse- wie Wissenschaftsfreiheit praktisch vollständig zum Opfer fielen. Nicht zuletzt markierte die Wahl des Immobilienmoguls, Casinounternehmers und früheren TV-Unterhalters Trump zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika am 8. November 2016 einen bedeutenden Einschnitt.

Die Vorgeschichten all dieser Geschehnisse, auch der amerikanischen Präsidentenwahl, mochten teilweise weit in die jeweiligen Vergangenheiten zurückreichen. Manches, was nicht antizipiert worden war, schien mit dem Abstand des historischen Rückblicks dann schon etwas weniger überraschend. Gleichwohl, man stand unter dem Eindruck, dass gesellschaftliche und politische Spannungslagen vielerorts eskalierten. Zunächst vereinzelte Vorgänge in ganz verschiedenen Ländern schienen sich doch in der Weise zu verdichten, dass man von Indizien einer riskanten Phase in der Historie offener Gesellschaften und liberaler Demokratien sprechen konnte. Und auch von Anzeichen einer kritischen Lage für das gesellschaftliche Vertrauen in die modernen Wissenschaften. So unterschiedlich die jeweiligen soziokulturellen und politischen Voraussetzungen auch sein mochten: Die pluralistische und repräsentativ-demokratische Verfasstheit der gesellschaftlichen Macht- und Wissensverhältnisse stand in vielen Ländern unter Druck und sie tut es noch. Und damit selbstverständlich auch die Wissenschaften, die in diesen Verhältnissen situiert sind, die sie reproduzieren und mitgestalten, die in ihnen eine privilegierte Form des Weltzugangs behaupten und überdies keineswegs frei davon sind, selbst Einfluss und Macht zu beanspruchen.

Die Differenziertheit wie die Komplexität dieser modernen

Verhältnisse sind enorm. Sie kennen Macht und Wissen, soviel kann vorneweg gesagt werden, eigentlich allein als Pluralität miteinander konkurrierender relativer Ansprüche: »Relativismus [ist] die Weltanschauung, die der demokratische Gedanke voraussetzt.«¹ Und dies gilt innerhalb der verschiedenen Gesellschaftsbereiche, Funktionssysteme oder Wertsphären ebenso wie zwischen ihnen. In modernen Verhältnissen werden daher die Legitimität von Herrschaft wie die Gültigkeit von Wissen gerade nicht auseinander abgeleitet. Vielmehr ist das eine wie das andere in oft höchst verwickelten Indirektheitsstrukturen vermittelt, in Strukturen, die Individuen wie Gruppen in großem Maße Ambiguität, Ungewissheit und Vorläufigkeit zumuten, die Alteritätsanerkennung, Kompromissfähigkeit und Unsicherheitstoleranz verlangen.

Gegen diesen enormen Zumutungsreichtum moderner Gesellschaften revoltieren die populistischen Bewegungen und Politiken. Und dabei setzen sie immer wieder an den Schwächen und inneren Widersprüchen der heutigen Verfasstheit von Gesellschaft und Politik an.² Etwa dort, wo die institutionellen Arrangements der klassischen Industriemoderne brüchig werden; wo die demokratische Leitungsgesellschaft ein Gleichheitsversprechen an die Bürger der Demokratie mit einer Ungleichheitsfeststellung gegenüber denselben Bürgern als Teilnehmern kapitalistischen Marktgeschehens verbindet; wo unübersehbar ist, dass die Problemlösungskapazität demokratischer Herrschaft sich zu ihrer Legitimität spannungsvoll verhält – wie zum Beispiel in der Finanzkrise 2008, in der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 oder seit Jahrzehnten in der Umweltpolitik.³ Zugleich attackieren

Populisten journalistische Medien und auch die Rechts- und Wissenschaftssysteme, die in diesem wie im übernächsten Kapitel anhand einzelner Beispiele thematisch werden sollen. Und dabei wird im Gegenlicht solcher Angriffe etwa erkennbar, wie repräsentativ-demokratische Systeme auf den genannten »grundsätzliche[n] *trade off* zwischen Systemeffizienz und Partizipation«⁴ reagieren, indem Aushandlung und Entscheidung sich vielfältig in außerparlamentarische Räume verlagern: in Talkshow-Debatten, in Sachverständigenkommissionen oder auch in die Gerichtsbarkeit. Und dies in einer Weise, die man durchaus »Entparlamentarisierung«⁵ hat nennen können.⁵ So mögen dann etwa die Expertensysteme des Journalismus, der Justiz und der Wissenschaft, welche in der Bundesrepublik mindestens teilweise staatlich alimentiert und mit hoher Autonomie ausgestattet sind, gewissermaßen als legitimitätsschwache Nutznießer solcher Entparlamentarisierung erscheinen. Und falls man den Eindruck gewönne, der Parlamentarismus sei für derartige Machtverschiebungen anfällig, so ergibt sich daraus vielleicht kein Grund, jedoch immerhin ein Anlass für einen ebenso antiparlamentarischen wie elitenkritischen Affekt. Der schreibt sich dann etwa ein direkt-demokratisches Regierungssystem auf die populistische Fahne, um dieserart parlamentarische, journalistische, juristische und wissenschaftliche Eliten und die entsprechenden Institutionenarrangements in einem Zuge zu schwächen.

Die Herausforderung der pluralistisch-liberalen Verfassung von Gesellschaft und Politik, zu der sich die Geschehnisse des Jahres 2016 und seither verdichten, findet freilich nicht nur - vielleicht nicht einmal in erster

Linie – im Modus sachpolitischer Gegenentwürfe statt, zum Beispiel in den Bereichen von Bildung, Ökologie oder Innerer Sicherheit. Vor allem setzt Populismus auch auf eine alternative Form des Politischen. Zu ihr gehören strategisch gezielte Grenzverschiebungen des öffentlich-politisch Sagbaren und ein wesentlich über die Dynamiken der *social media*-Kommunikation laufendes Affektmanagement. Zur ihr gehören ebenso die geschickte Instrumentalisierung des Ressentiments, sei es sozial- oder geschlechterpolitischer, migrations- oder religionspolitischer Art. Diese Form des Politischen betreibt überhaupt eine verschärfte Moralisierung, und das heißt unweigerlich – wie an späterer Stelle näher auszuführen sein wird –, sie betreibt eine radikalisierte Polarisierung gesellschaftlicher und politischer Auseinandersetzungen. So verändern sich das gesellschaftliche Klima und mit ihm die Möglichkeitsräume demokratischer Politik und moderner Wissenschaften.

Allerdings: Dass die Antworten populistischer Politik fehlgehen, daraus lässt sich nicht folgern, es seien auch die diesen Antworten vorausliegenden Fragen unnützlich oder illegitim. Dass die polemischen Formen der populistischen Infragestellung moderner Gesellschafts- und Politikarrangements inakzeptabel sind, dies bedeutet keineswegs, diese Arrangements stünden ihrerseits außer Frage. Für die riskante Phase in der Geschichte pluralistischer Gesellschaften und liberaler Demokratien, von welcher die Rede ist, sind die Populisten vermutlich mehr Symptom als Ursache. Die Kritik ihrer Attacken auf die etablierten Verhältnisse wäre als Apologie dieser Verhältnisse also missverstanden. In derart unzweideutig polare Gegensätze lassen sich die Dinge ohnehin nicht

ordnen. Und dies eben ist es im Grunde, worum es hier geht.

Aufgeheizte Gemeinschaftlichkeit: Akklamation statt Wahl

Vor annähernd 100 Jahren beschrieb der Anthropologe und Sozialphilosoph Helmuth Plessner in einem »der seltenen zivilisationsfreundlichen und zivilen Dokumente der deutschen Kulturgeschichte«⁶ die »Werte der Indirektheit« und das »Recht auf Distanz« als Begrenzung aufgeheizter Gemeinschaftlichkeit.⁷ Dass diese Werte in ihrer Perspektive zusehends unverbindlich werden, gehört ins Zentrum jenes Politischen, das die Populisten zu etablieren suchen. Dass Vielfältigkeiten, Komplexitäten und Kontingenzen moderner Gesellschaften in Konzepten von Gemeinschaftlichkeit nicht zulänglich zu fassen sind, dass ihre Zeithorizonte offen sind, dass ihre Semantiken eine Fülle von legitimerweise konkurrierenden Wissensordnungen – des Alltags, der professionellen Praxen, der Wissenschaften, der Religionen und dergleichen mehr – verarbeiten müssen und dass ihre Sozialstrukturen sich nicht zu einer übergreifenden Hierarchie fügen: All diese und ungezählte damit zusammenhängende Annahmen scheinen an Plausibilität zu verlieren. Der Zumutungsreichtum pluralistischer Gesellschaften und demokratischer Verfassungsstaaten verlangt zwar nach Vorbehaltlichkeit und Selbstdistanz. Er setzt immer wieder die Fähigkeit voraus, die je eigene Fallibilität, die Möglichkeit vernünftiger Alternativen oder zukünftigen Revisionsbedarfs anerkennen zu können. Er lenkt den Blick auf die Kontingenz allen Entscheidens oder darauf, dass die Verhältnisse und Entscheidungslagen auch

unübersichtlich oder uneindeutig oder überkomplex sein könnten. Doch all dies, konstitutiv, wie es für eine freiheitliche Verfassung von pluralistischer Gesellschaft und Rechtsstaat ist, erscheint in populistischer Perspektive allenfalls noch als Schwäche. Oder es wird im Gegenteil als bloßes Machtspiel eines illegitim gewordenen *juste milieu* unter Verdacht gestellt.

Populismus stellt alledem einen sowohl anderen als auch anders legitimierten Machtanspruch gegenüber, der – jedenfalls im Sinne des parlamentarischen Konstitutionalismus – seiner »Tendenz nach zweifelsohne antidemokratisch«⁸ und autokratisch ist. Donald Trump, um es mit dem im weltpolitischen Maßstab gewiss wichtigsten Beispiel zu sagen, hat dies seit seinem ersten Wahlkampf und bis heute ausdrücklich klar gemacht. Er begreift mit der Präsidentenwahl die demokratische Verfassung des Politischen selbst als allenfalls so etwas wie eine Verfügungsmasse seines eigenen Herrschaftswillens. Ob er die Präsidentenwahl dann auch anerkennen werde, das ließ Trump im dritten und letzten Fernsehduell mit seiner Konkurrentin Hillary Clinton am 19. Oktober 2016 ebenso provokativ offen wie vier Jahre darauf in einem *Fox News*-Interview, da er um seine Wiederwahl am 3. November 2020 kämpft.⁹ Dabei ist die Frage 2020, weil Trump in den Umfragewerten deutlich zurückliegt, so wenig hypothetisch, wie sie es 2016 war. Schon damals stimmte ja die Wählerschaft (*popular vote*) mehrheitlich für die Kandidatin der Demokraten. Allein die Majorität im *electoral college* machte es Trump gewissermaßen unmöglich, schon vor Amtsantritt durch Wahlanfechtung eine Verfassungskrise auszulösen. Gleichwohl: Radikaler könnten die Prinzipien der repräsentativen Demokratie, des

Mehrheitswahlrechts und der pluralistischen Gesellschaft schwerlich zur Disposition gestellt werden als mit der Erklärung eines Amtsbewerbers, er entscheide frei darüber, ob er den Wahlausgang anerkennen werde oder nicht.

Ein fundamentales demokratisches Prinzip wie dasjenige der Unterwerfung unter den Willen des Souveräns in dieser Weise infrage zu stellen und die Antwort dann in der Schwebe zu lassen, dies ist einerseits ein prägnantes Beispiel dafür, wie populistische Politiker, Grenzen übertretend, das öffentliche Debattenklima polarisieren und aufheizen.¹⁰ Zum andern handelt es sich um eine Machtgeste. Unüberhörbar formuliert Trump einen - in den beiden nächsten Kapiteln weiter zu verfolgenden - autokratischen Herrschaftsanspruch. Zum dritten aber findet der populistische Angriff auf die elektive Demokratie seinen vermeintlichen Rückhalt in einer mit den Grundsätzen der Mehrheitswahl unvereinbaren alternativen, ja ›höheren‹ Legitimitätsfigur.

Diese Legitimitätsfigur, und sie steht an dieser Stelle zunächst im Vordergrund, charakterisiert populistische Machtansprüche überhaupt. Sie »beansprucht, demokratischen Willen ohne demokratische Formen zum Ausdruck zu bringen.«¹¹ Sie setzt den vermittelten rechtsstaatlich-konstitutionellen Legitimierungsprozessen der indirekten Demokratie eine Ideologie und Praxis unvermittelter Gemeinschafts- und Herrschaftsstiftung entgegen. In ihr werden die Differenzierungen von Gesellschaft und Politik, von Repräsentierten und Repräsentierenden und ebenso intermediäre Vermittlungsebenen wie etwa politische Parteien oder die Instanzen demokratischer Öffentlichkeit jedenfalls dem

Prinzip und Anspruch nach hinfällig. An deren Stelle tritt, wie der Verfassungstheoretiker Hans Kelsen bereits 1929 formulierte, die »metapolitische Illusion« eines »über den Gruppeninteressen und jenseits derselben stehenden und sohin ›überparteilichen‹ Gesamtinteresses« einer homogenen Gemeinschaft.¹² Ihr Name ist ›Volk‹, und der Vollzug seines ›wahren Willens‹ stiftet jene Herrschaftslegitimität, die populistische Politik für sich in Anspruch nimmt. Diese Figur einer ›höheren‹ Rechtfertigung will ich auf den folgenden Seiten am allgegenwärtigen, doch in systematischer Hinsicht scheinbar eher abseits liegenden Beispielmateriale von Donald Trumps Tweets etwas detaillierter verfolgen, zuvor aber anhand der großen populistischen Massenveranstaltung kurz illustrieren.

Phänotyp dieser Legitimitätsfigur, die den Trumpismus wie andere Populismen dem Anspruch nach fundiert wie rechtfertigt und gegenüber der repräsentativen Demokratie auszeichnet, wäre eine Art von Akklamation. Bei dieser käme es keineswegs auf die differenzierte Folge sorgfältig beachteter einzelner legaler Verfahrensschritte an, sondern auf die Impulsivität des Ereignisses. Sie entlastete von den Mühen politischer Aushandlungsprozesse und argumentativer Begründung. Sie stellte Loyalität gewissermaßen rein als solche dar. Im Ereignis der Akklamation würden nicht, wie im demokratischen Wahlakt, Mehrheit und Minderheit unterschieden und zugleich integriert. Minderheitenschutz wäre für die Akklamation kein Kriterium, und was sie begründet, wäre selbst als Mehrheitsherrschaft schlecht beschrieben. Vielmehr handelte es sich um eine Einheitsherrschaft im doppelten Sinne, nämlich als